

Begrüßungsansprache des Präsidenten des Sächsischen Landtages, Herrn Erich Iltgen, beim Festakt aus Anlass des Tages der Deutschen Einheit

Liebe Bürgerinnen und Bürger,
sehr verehrter Herr Prof. Dr. Töpfer,
sehr geehrter Herr Ministerpräsident Tillich,
sehr geehrte Frau Präsidentin des Verfassungsgerichtshofes Munz,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich freue mich, auch in diesem Jahr wieder zahlreiche Gäste zur traditionellen Feierstunde anlässlich des Tages der Deutschen Einheit im Sächsischen Landtag begrüßen zu können.

Ich begrüße ganz herzlich die Damen und Herren Abgeordneten des Europaparlamentes, des Deutschen Bundestages und des Sächsischen Landtages sowie ehemalige Abgeordnete und frühere oberste Repräsentanten unserer Verfassungsorgane, Herr Professor Biedenkopf und Herr Budewig. Ich begrüße die Mitglieder der Staatsregierung, des Verfassungsgerichtshofes und des Konsularischen Korps.

Ich begrüße weiter die Vertreter der Kirchen, der Städte, Gemeinden und Landkreise, der Bundeswehr, des öffentlichen Lebens und der Medien.

Dieser 18. Tag der Deutschen Einheit hat für mich wieder einmal deutlich gemacht, dass der 3. Oktober 1990 am Zeitraum der Jahre gemessen bald eine Menschengeneration weit hinter uns liegt. Inzwischen ist aus der Friedlichen Revolution eine starke Demokratie geworden.

Auch die im Jahr der Deutschen Einheit geborenen Kinder haben 2008 nunmehr ihr 18. Lebensjahr vollendet. Sie sind nach Gesetzeslage jetzt wahlberechtigt, können als Abgeordnete in die Parlamente gewählt werden und auf Bundes-, Landes- oder Gemeindeebene aktiv an der politischen Gestaltung unseres Gemeinwesens teilhaben.

Diese Tatsache zeigt uns wieder einmal die Schnelllebigkeit der Zeit, in der unversehens Geschichte wird, was man als Baustein seiner eigenen Biografie persönlich erlebt oder erlitten, gestaltet oder geduldet hat.

Längst erhalten die Ereignisse der Friedlichen Revolution als Ausgangspunkt und Voraussetzung der Deutschen Einheit und der Wiedererrichtung des Freistaates Sachsen für immer mehr Menschen eine rein historische Dimension.

Sie entziehen sich, leider möchte man sagen, - aber so ist das Leben - in zunehmendem Maße dem Bewusstsein der Gegenwart mit seinen Ansprüchen und Forderungen, seinen Erfolgen und Ablenkungen, seinen Widerständen und Verdrängungen.

So rücken sie für den Einzelnen und die Gesellschaft insgesamt in immer weitere Entfernungen und gewinnen mehr und mehr an Distanz zur Wirklichkeit, die heute das Leben prägt. Für andere ist es wieder so, als wären die Ereignisse des Herbstes `89 erst gestern geschehen, so tief haben sie sich ihnen eingeprägt.

Und das gilt gleichermaßen und erst recht für das Leben in der ehemaligen DDR und das schwierige Erbe an Erfahrungen, das ein überwundenes System in den allermeisten von uns hinterlassen hat.

Und es trifft mehr und mehr auch zu für die spannungsvolle Neubildung unseres Bundeslandes und seine an materiellen und ideellen Herausforderungen so reiche und erfolgreiche Entwicklung auf dem Boden einer jungen Demokratie.

Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund halte ich es für so wichtig, dass wir am Tag der Deutschen Einheit jedes Jahr von Neuem daran erinnern, woher wir kommen und von welchen Forderungen die Volksbewegung der Friedlichen Revolution von 1989 ausgegangen ist.

Diese Forderungen reichten von Anfang an ganz entscheidend über eine Reform der damaligen Machtverhältnisse und der Führungsstrukturen oder Schritte zur Auflösung des Ministeriums für Staatssicherheit hinaus.

Es ging um die Schaffung demokratischer rechts- und verfassungsstaatlicher Verhältnisse und die grundsätzliche Umgestaltung der Wirtschaft.

Es handelte sich um die Durchsetzung von Freiheitsrechten, wie z. B. der Reisefreiheit oder der Pressefreiheit, die in der DDR undenkbar gewesen waren.

Und schließlich war auch die Forderung nach der Wiedereinführung des Landes Sachsen als Teil eines geeinten Deutschlands unüberhörbar geworden. Ich erinnere daran, dass in den Demonstrationen zuerst die weiß-grünen Fahnen mitgetragen wurden.

Gleichermaßen ist es, auch aus dem Raum der Kirchen heraus, um die Verwirklichung von Gesellschaftsentwürfen gegangen, wie sie bereits in den letzten Jahren der DDR im Rahmen der Ökumenischen Versammlung öffentlich diskutiert worden sind.

In der Präambel unserer Verfassung von 1992 sind diese Entwürfe mit der Willensbekundung, „der Gerechtigkeit, dem Frieden und der Bewahrung der Schöpfung zu dienen“ zu einem grundsätzlichen Leitbild verantwortungsvollen gesellschaftlichen Handelns geworden.

Diese Aufzählung ließe sich weiter fortsetzen mit dem Fazit, dass die Forderungen mit dem Weg in die Deutsche Einheit Wirklichkeit geworden sind und wir uns in der Lage befinden, unseren Beitrag dazu zu leisten, die Ideale der Friedlichen Revolution Wirklichkeit werden zu lassen.

Wir befinden uns damit in einem nach der Zukunft hin offenen Gestaltungsprozess.

Mit den Wertsetzungen unserer Verfassung ist uns und den heranwachsenden und nachfolgenden Generationen der Kompass dafür in die Hand gegeben, wofür es sich zu leben und zu arbeiten lohnt und wohin es in Zukunft gehen soll.

Doch muss sich jede Generation dieser Werte erneut bewusst werden und darum bemüht bleiben, sie mit Leben zu erfüllen.

Deshalb halte ich es für ebenso wichtig, weit über Tage wie den heutigen und Anlässe wie diesen Festakt hinaus alle gebotenen Gelegenheiten dafür zu nutzen, um die Generationen im Dialog zusammenzubringen.

Wir dürfen nicht aufhören, auf dem Weg der Erinnerung die Erfahrungen des Alltags von Diktaturen und deren Überwindung im Gedächtnis unserer Gesellschaft zu erhalten.

Ich sage es unmissverständlich:

Wer Diktaturen verherrlicht und ihre Verbrechen leugnet oder nostalgisch nachtrauert, versündigt sich erneut an den Opfern und wird zum Verführer derer, die mit Diktaturen keine Erfahrungen haben.

Die Erfahrungen mit Diktaturen müssen weitergegeben werden, wenn wir daraus Orientierungen für unser gegenwärtiges und zukünftiges Handeln schöpfen wollen.

Das muss natürlich im persönlichen Bereich, im Elternhaus und in der Familie beginnen.

Es muss beginnen bei den Großeltern und Eltern, die bereit dazu sind, Fragen zu beantworten und bei den Kindern und Enkeln, die motiviert und ermutigt werden sollten, ihrerseits Fragen stellen.

Die Impulse dazu können aus allen Bereichen der Gesellschaft kommen: Aus der Schule oder dem Studium, aus Vereinen und Verbänden, aus kulturellen Initiativen oder von Trägern der politischen- und Jugendbildung, die zu Wettbewerben und Geschichtsprojekten aufrufen und zu Begegnungen mit Zeitzeugen einladen.

Ein Lehrbuch allein jedenfalls kann das nicht leisten. Nur im Dialog der Generationen werden wir einander vermitteln können, was uns Errungenschaften wie Demokratie, Toleranz, Freiheit oder Weltoffenheit heute wert sind oder uns allen gemeinsam wert sein sollten.

Der Erfolg und das über viele Jahrzehnte hin stabile Fundament der Demokratie auf dem Boden des Grundgesetzes darf die Lehren aus der Geschichte für keine Generation in Vergessenheit geraten lassen.

Das Schicksal der ersten deutschen und damit der ersten sächsischen Republik, der nur ein Bestand von 15 Jahren beschieden gewesen ist, lehrt uns Deutschen, dass Demokratie eben keine Selbstverständlichkeit darstellt.

Sie ist vielmehr ein schwer errungenes Gut, das die Völker Europas dem Jahrhundert der Diktaturen unter vielen Opfern abgerungen haben und das es zu behüten und zu verteidigen gilt.

Dafür stehen der Volksaufstand für die Freiheit am 17. Juni 1953, der Aufstand in Ungarn, der Prager Frühling und die Charta '77 ebenso wie die Solidarnosc-Bewegung in Polen und die Friedliche Revolution des Herbstes 1989.

Gerade in diesem Kontext kann es nicht oft genug betont werden:

Wir haben es zuallererst den mutigen Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes, den mittelosteuropäischen Reform- und Freiheitsbewegung von 1953, 1956, 1968, der Solidarnosc und 1989 und dann in deren Folge den Architekten der Deutschen Einheit zu verdanken, wenn Sachsen heute als moderner Verfassungsstaat in Nachbarschaft zu Partnern und Freunden mitten im Herzen Europas liegt.

Die Deutsche Einheit, zu der keine Alternative ernsthaft infrage kam, war zugleich auch die Voraussetzung dafür, dass sich der Freistaat im Verbund mit den anderen deutschen Ländern in den zurückliegenden 18 Jahren so überaus erfolgreich entwickelt hat.

Diese Erfolge sind inzwischen in allen Bereichen unserer Gesellschaft – von der Wirtschaft über die Bildung bis hin zu einer eindrucksvollen Entwicklung unserer Städte und Gemeinden und einer traditions- wie zukunftsbewussten Kultur – für jedermann sichtbar geworden.

Wenn ich die erreichten Erfolge und die ungelösten Probleme im 18. Jahr nach der Wiedererlangung der Deutschen Einheit gegeneinander abwägen müsste, so würde sich zweifelsohne ein durchaus differenziertes und recht durchwachsenes Bild ergeben. Schönfärberei wäre da ebenso wenig am Platz wie pure Schwarz-Weiß-Malerei.

Denn letztendlich und einzig kommt es doch immer darauf an, Herausforderungen und Schwierigkeiten anzunehmen und diese als Chancen zu begreifen.

Wir sollten uns ab und an auch die Frage stellen, wo stünden wir heute, wenn es nicht zur Wiedervereinigung unseres Landes gekommen wäre? Deswegen ist der 3. Oktober auch der Tag der Freude über die gelungene Wiedervereinigung nach 40 Jahren der politischen Teilung und schmerzlichen Trennung der Menschen in Ost und West.

Es ist noch immer ein gerüttelt Maß an wirtschaftlichen, arbeitsmarktpolitischen, sozialen, ökologischen und nicht zuletzt auch demografisch verursachten Aufgaben, die unter den komplizierter werdenden Bedingungen einer globalen Weltwirklichkeit zu bewältigen sind.

Auf diese gesamtdeutsche, europäische und globale Verantwortung, auf die Vernetzung der Region mit der Welt, ist auch am Tag der Deutschen Einheit von früheren Festrednern immer wieder mit Eindringlichkeit hingewiesen worden.

Ich erinnere hier beispielgebend an die Beiträge von Andrzej Szczypiorski aus Polen, Prof. Dr. Ferenc Glatz aus Ungarn, Pavel Kohout aus der Tschechischen Republik und Prof. Dr. Alfred Grosser aus Frankreich.

Und ich denke an so hochrangige und über Jahrzehnte erfahrende deutsche Politiker, Europäer und Weltbürger wie Dr. Klaus von Dohnanyi, Hans-Dietrich Genscher, Dr. Helmut Kohl oder Erwin Teufel, die unseren Blick weit über Sachsen hinausgelenkt haben.

Daher freue ich mich heute ganz besonders darüber, dass es dem Sächsischen Landtag in diesem Jahr gelungen ist, Prof. Dr. Klaus Töpfer als Festredner für unsere Feierstunde gewinnen zu können.

Als früherer Bundesumweltminister ist er uns allen noch in sehr guter Erinnerung und auch als ehemaliger Generaldirektor des Umweltprogramms der Vereinten Nationen hat er im zurückliegenden Jahrzehnt weltweit hohe Anerkennung gefunden.

Sehr geehrter Herr Professor Töpfer, ich darf Sie im Namen aller hier Anwesenden ganz herzlich begrüßen und unseren Gästen an dieser Stelle einige der wichtigen Stationen Ihres politische Werdegangs in Erinnerung rufen.

Dieser in der Summe überaus erfolgreiche und zu keiner Zeit konfliktfreie Weg führte den Diplom-Volkswirt und habilitierten Politikwissenschaftler, der seit 1972 der CDU angehörte, als Staatssekretär nach Rheinland-Pfalz.

Hier hat er von Anfang an im Bereich der Umweltpolitik an Profil gewonnen, was für seine weitere politische und wissenschaftliche Entwicklung ausschlaggebend geworden ist.

1985 wurde er Minister für Umwelt und Gesundheit in Mainz und wechselt als Minister für Umwelt und Reaktorsicherheit 1987 in die Bundespolitik, wo es ihm noch im gleichen Jahr gelungen ist, ein Bundesamt für Strahlenschutz ins Leben zu rufen.

Nach der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl zählte die Sanierung der Umwelt in den neuen Bundesländern zu seinen wichtigsten Aufgaben.

Dazu stellte er ein Aktionsprogramm „Ökologischer Aufbau“ vor, das die Beseitigung verseuchter Böden, die Sanierung militärischer Altlasten, die Verbesserung der Luftreinhaltung und den Gewässerschutz zum wesentlichen Inhalt hatte.

Einen weiteren Erfolg konnte Klaus Töpfer 1992 verbuchen, als das Kabinett den Bericht über Maßnahmen zum Schutz der Ozonschicht als erste FCKW-Verbotsverordnung der Welt und damit die deutsche Vorreiterrolle in diesem Bereich bestätigte.

Ein Jahr darauf legte er ein Thesenpapier zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes Deutschland vor.

Darin schlug er vor, die soziale Marktwirtschaft um eine ökologische Dimension zu erweitern und neben den sozialen Generationenvertrag einen ökologischen Generationenvertrag zu stellen.

Nach der Bundestagswahl von 1994 gab Herr Professor Töpfer sein Ressort an Angela Merkel ab und wechselte selbst an die Spitze des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau.

Auch in dieser Funktion hat er sich auf dem Gebiet der nachhaltigen Stadtentwicklung sowie als Umzugsbeauftragter der Bundesregierung bei der Vorbereitung des Umzugs von Bonn nach Berlin besondere Verdienste erworben.

1998 übernahm er infolge eines Angebots des UN-Generalsekretärs die Leitung des Umweltprogramms der Vereinten Nationen in Nairobi und legte sein Bundestagsmandat nieder.

Aufgabe dieses Programms, dessen Führung Herr Professor Töpfer bis 2006 wahrgenommen hat, war die ständige Beobachtung des Zustands der globalen Umwelt, um daraus Strategien für ein gemeinsames Handeln der Völkergemeinschaft abzuleiten.

Unter dem Eindruck zunehmender Naturkatastrophen forderte Herr Professor Töpfer verstärkte internationale Zusammenarbeit beim Klimaschutz und ein weltweites Frühwarnsystem und wies auf den untrennbaren Zusammenhang zwischen den Folgen des globalen Klimawandels und Millionen von Umweltflüchtlingen hin.

Auch im Ruhestand prägt das Leitmotiv „Umweltpolitik ist die Friedenspolitik der Zukunft“ sein Engagement, wenn er seine Erfahrungen seit 2006 am Lehrstuhl für Nachhaltige Entwicklung in Shanghai an die nachfolgende Generation weitergibt.

Als ein Politiker, der die Deutsche Einheit im ersten Jahrzehnt mit gestaltet hat und als globaler Denker, der sein Leben in den Dienst der Gerechtigkeit, des Friedens und der Bewahrung der Schöpfung gestellt hat, ergreift er heute, nach dem Ministerpräsidenten, für uns hier das Wort.

Wir sind gespannt, was uns ein so erfahrener Politiker und Weltbürger sagen wird.

Ich danke Ihnen.